

Eine Hürde nach der anderen

Arbeit für Flüchtlinge: Wohnster Unternehmer verzweifelt an Gesetzen und Bestimmungen

VON JAKOB BRANDT

WOHNSTE. Jens und Heidi Prigge aus Wohnste wollen helfen, Flüchtlingen eine Perspektive bieten, ihnen Arbeit geben. Doch der Bürokratiedschungel hierzulande hat ihnen bislang einen Strich durch die Rechnung gemacht. Nach unendliche vielen Telefonaten wissen sie: Einen Asylbewerber einzustellen ist alles andere als einfach. Fallstricke lauern überall. Aufgeben kommt für den Fliesenleger und seine Ehefrau aber nicht in Betracht. Sie kämpfen weiter, hoffen, dass sie einem Sudanese ein Praktikum in ihrem Betrieb ermöglichen – und vielleicht sogar einen Ausbildungsplatz anbieten können.

Ende August erfahren die Eheleute, dass die Unterstüztzergruppe für Asylbewerber in Sittensen Beschäftigungsmöglichkeiten für Flüchtlinge sucht. Kurzerhand setzen sich die beiden mit Ulrich Stabenau in Verbindung, der auch einen Asylsuchenden vermitteln kann. Gamal A. ist 29 Jahre alt, verheiratet und Vater von zwei kleinen Kinder. Der Mann, der seit zwei Jahren in Sittensen lebt, will im Sudan sogar im Baugewerbe gearbeitet und Fliesen verlegt haben.

Arbeiten darf er auch, den Sprachkurs für Anfänger hat er mit Erfolg bestanden. Jens und Heidi Prigge bieten dem Sudanese an, zwei Wochen in der Fliesenlegerei zu hospitieren, also einfach mal mitzulaufen, sich die Sache anzusehen. Ein Mitarbeiter holt Gamal A. morgens in Sittensen ab und bringt ihn abends auch wieder zurück. Die Geschichte läuft gut an. Die 15 Prigge-Mitarbeiter haben viel Spaß mit ihrem Schützling, der sich sehr bemüht.

Projekt endet nach 5 Tagen

Nach fünf Tagen brechen Prigges die Hospitation aber wieder ab. Grund: Gamal A. ist nicht unfallversichert. Niemand ist für ihn zuständig, weder die Berufsgenossenschaft der Bauwirtschaft noch die Gemeindeunfallkasse. Es einfach mal drauf ankommen lassen wollen die Eheleute nicht, denn auf Baustellen lauern immer Gefahren. Also erklären sie das Projekt für beendet, suchen aber weiter nach Beschäftigungsmöglichkeiten.

Um herauszufinden, ob eine Ausbildung infrage kommt, würden sie dem Afrikaner gerne ein Praktikum anbieten. Wie sich herausstellt, ist das ebenfalls ausgesprochen schwierig. Flüchtlinge

gesetzlichen Mindestlohn. Den würden Prigges auch gerne zahlen, doch gilt im Baugewerbe ein tariflicher Mindestlohn. Und der beträgt 11,15 Euro pro Stunde.

900 Euro im Monat für den Praktikanten, das ist dem Fliesenleger zu viel. „Wir würden ja sogar 9 Euro geben, aber mehr geht einfach nicht“, sagt Heidi Prigge, die den Asylbewerber auch in der Sozialkasse des Baugewerbes hätte anmelden müssen. Weil die Eheleute Gamal A. den tariflichen Mindestlohn nicht zahlen können, nehmen sie Abstand von den Praktikumsplänen.

Praktikum nicht möglich

„11,15 Euro hätten wir auch mit Rücksicht auf unsere ungelernen Mitarbeiter nicht zahlen wollen“, sagt Heidi Prigge. „Einen Flüchtling zu integrieren, das geht nur, wenn die Mitarbeiter mitziehen. Ich kann ihm als Praktikanten nicht den gleichen Lohn zahlen, den die Bauhelfer, die schon lange bei uns sind, erhalten. Die Gehälter müssen zueinander passen. Alles andere würde nur Unfrieden stiften.“

Heidi Prigge hält zwei Lösungen für denkbar. Zum einen ein Förderprogramm, das von der Allgemeinheit zu tragen wäre, zum anderen eine tarifliche Einigung. „Für eine befristete Zeit müsste es möglich sein, Asylbewerber unter Tarif zu bezahlen.“

HEIDI PRIGGE

rige drängt auf eine zügige Lösung des Problems. „Der Baubereich hat einen eklatanten Fachkräftemangel. Wir müssen sehen, dass wir unter den Flüchtlingen neue Mitarbeiter finden. Und es ihnen auch ermöglichen, eine Ausbildung bei uns zu beginnen.“

Man dürfe jetzt keine Zeit verlieren. „Es kann nicht sein“, so Prigge, „dass alle nur warten. Arbeitgeber wie Flüchtlinge.“ Sie und ihr Mann hoffen weiter, dass Gamal A. ein Praktikum in der Fliesenlegerei zu akzeptablen Bedingungen durchlaufen kann. Und dass der Sudanese, wenn beide Seiten es denn wollen, eine Ausbildung zum 1. August nächsten Jahres beginnen kann.

„Die Flüchtlinge wollen doch arbeiten“, betont Heidi Prigge. „Wir müssen ihnen eine Perspektive bieten. Es kann nicht sein, dass Hilfe an der Bürokratie



Jens und Heike Prigge aus Wohnste möchten gerne einen Flüchtling der Fliesenlegerei beschäftigen. Als Praktikant müssten sie ihm den gesetzlichen Mindestlohn zahlen. Der ist allerdings deutlich höher als der